

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus	SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund	
--	---	--

Drucksache Nr.:
04237-03-GM
TOP-Nr: 2.1.b

An den
Vorsitzenden des Rates der Stadt Dortmund

Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

verantwortlich:	Telefon:	Datum
Manuela Meyer		22.05.2003
Sitzungsart:		
öffentlich		
Gremium:	Beratertermin:	
Rat der Stadt Dortmund	22.05.2003	

Tagesordnungspunkt

Zukunftsstandort Phoenix - Sachstandsbericht

Beschlussvorschlag

Der Rat nimmt den vorliegenden Sachstandsbericht zur Entwicklung des Standortes zur Kenntnis und stimmt der weiteren Projektbearbeitung unter Berücksichtigung folgender Ergänzungen zu:

1. Phoenix-West

1.1 Verkehr

Der Rat spricht sich dafür aus, die ÖV-Erschließung über die Anbindung an eine Stadtbahntrasse zu erreichen. Dabei sollen die Untersuchungen der DSW aus 2002 zugrunde gelegt werden, die eine Weiterführung nach Berghofen vorgesehen. Um diese Erschließungsoption auch für einen längeren Planungszeitraum zu erhalten, wird die Planungsverwaltung aufgefordert, eine ausreichende Verfügungsfläche für eine entsprechende Trassenführung vorzuhalten, die zwischenzeitlich von Bussen als separate Busspur in Anspruch genommen werden kann. Die Verwaltung wird darüber hinaus aufgefordert, eine Anbindung des Zukunftsstandortes Phoenix an das bestehende H-Bahn-Netz zu prüfen.

1.2 Energiekonzept:

Der Rat hält es für notwendig, die Implementation der rationellen und effizienten Nutzung von Energien soll über die bestehenden Vorgaben hinaus dahingehend zu

erweitern, dass über ein Blockheizkraftwerk, vorrangig auf Biomasse-Basis, eine Nahwärmeversorgung hergestellt wird. Der Rat fordert die Verwaltung auf, in Zusammenarbeit mit den für die Realisierung des Projektes zuständigen Partnern ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.

2. Phoenix-Ost

2.1 Nutzungskonzept/Freiraumkonzept/städtebauliche Qualifizierung

Die Verwaltung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Dortmunder Stadtwerken zu prüfen, inwieweit die vorgesehene hochwertige Wohnbebauung von 1.500 bis 2000 Wohneinheiten in Teilbereichen zugunsten von Freizeitnutzung am südlichen Ufer reduziert werden kann, ohne die Gesamtwirtschaftlichkeit des Projektes zu gefährden. Bei der Auftragsvergabe für eine Studie, die das zu erwartende Freizeitverhalten untersuchen soll, ist die Fragestellung zu berücksichtigen, inwieweit eine teilweiser Verzicht auf Wohnbebauung in diesem Bereich notwendig ist, um die Nachfrage nach Erlebnissen in diesem Ambiente zu befriedigen. Gleichzeitig soll untersucht werden, wie freizeitwirtschaftliche Nutzungen (Gastronomie etc.) anstelle von Wohnbebauung wirtschaftliche Nachteile kompensieren können.

2.2 Naturräumliche Entwicklung

Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob im Bereich der Emscheraue am nordöstlichen Seeufer der Parallelweg nördlich der Emscheraue ausreicht, um den Wunsch der Naherholungssuchenden nach Erlebarkeit des Wassers zu befriedigen und auf den direkte Weg am See zu verzichten

2.3 Verkehrskonzept

Der Rat spricht sich dafür aus, auf die Erschließung über die Verlängerung der Kohlensiepenstraße - wenn möglich - zu verzichten. Die Verwaltung wird beauftragt, Planungsvarianten zu erarbeiten und darzustellen, durch die der Grünbereich, der bei der gegenwärtigen Planung durch die verlängerte Kohlensiepenstraße zerschnitten wird, erhalten werden kann.

2.4 Abfallwirtschaftskonzept.

Der Rat fordert EDG und Verwaltung auf zu prüfen, ob in den verdichteten Wohnbereichen ein ökologisches Abfallsammelsystem installiert werden kann, das einen Verzicht auf einen Teil der Sammelbehälter ermöglicht. Dabei muss im Sinne der Nachhaltigkeit die Möglichkeit der Mülltrennung und der Anreiz zur Müllvermeidung gegeben sein.

3. Verbindungsraum zwischen Phoenix-West und Ost

Bei den Planungen für Querungen und Durchlässe unter der Fassstraße soll die Aufständerung der Fassstraße im weiteren Verfahren als bevorzugte Planungsvariante behandelt werden. Dabei ist zu prüfen, ob der Erhalt und die Nutzung der Trasse der Eliasbahn (Werksbahntrasse zwischen Phoenix und Westfalenhütte) als

Radwanderweg und zur Stützung des Biotopverbundes einer solche Planung widerspricht oder ob es eine Möglichkeit gibt, beide Anliegen zu verknüpfen.

4. Grundstücksankauf

Die Verwaltung wird aufgefordert, die vorhandenen Restrisiken beim Grundstücksankauf soweit zu minimieren, dass sämtliche, nicht eingesehene Unterlagen (Grundbuch, Baulastenverzeichnis, Miet- und Pachtverträge etc.) vor Vertragsunterzeichnung einer Einschätzung unterzogen werden. Dem Rat ist hierüber zeitnah Bericht zu erstatten.

Mit freundlichen Grüßen

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
gez. Daniela Schneckenburger

Für die SPD-Fraktion
gez. Ernst Prüsse

F. d. R.

F. d. R:

Petra Kesper
Fraktionsgeschäftsführerin

Uwe Büscher
Fraktionsgeschäftsführer